

Medien-Information

Erzdiözese Freiburg

Erzbischöfliches Ordinariat

Referat Kommunikation

Verantwortlich: Dr. Michael Hertl

Tel. 0761 2188 243

Fax 0761 2188 427

pressestelle@ordinariat-freiburg.de

Datum: 06.07.2020

Erzbischof Burger appelliert an Verantwortung von Unternehmen

Bischöfe unterzeichnen internationale Erklärung

Freiburg / Aachen (pef). Der Freiburger Erzbischof Stephan Burger ist einer der Unterzeichner einer gemeinsamen Erklärung, in der mehr als 110 Bischöfe aus aller Welt ihre Regierungen auffordern, Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zu verpflichten. „Wenn Unternehmen zur Verschmutzung von Böden, Luft und Grundwasser, zu Menschenrechtsverletzungen oder Kinderarbeit beitragen, müssen sie dafür zur Verantwortung gezogen werden. Betroffenen muss der Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln erleichtert werden“, sagte Erzbischof Burger.

„Wir erwarten auch von der deutschen Bundesregierung, dass sie in dieser Legislaturperiode das im Koalitionsvertrag vorgesehene Lieferkettengesetz verabschiedet. Für ähnliche Regeln sollte sie gleichzeitig im Rahmen der EU und der Vereinten Nationen eintreten“, so Burger weiter. Im Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung angekündigt, national gesetzlich tätig zu werden und sich für eine EU-Regulierung einzusetzen, wenn Unternehmen internationale Menschenrechtsstandards nicht freiwillig umsetzen. Der Zwischenbericht eines von der Bundesregierung beauftragten Monitorings war im März zu dem Schluss gekommen, dass weniger als ein Fünftel der großen deutschen Unternehmen diese Standards bislang erfüllen. In Kürze soll die Bundesregierung über die Ergebnisse einer zweiten Befragung unterrichtet werden.

Textilarbeiter, Kakaopflücker, Indigene

„Die Corona-Krise zeigt, wie verwundbar gerade die Beschäftigten am Beginn internationaler Lieferketten sind“, erklärte Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer von MISEREOR. „Es ist gut, dass die Bundesregierung Unternehmen bei der Überwindung der Wirtschaftskrise unterstützt. Umso mehr muss sie die Unternehmen in die Pflicht nehmen, ihre Verantwortung gegenüber Textilarbeiterinnen in Bangladesch, Kakaopflückern in Westafrika oder indigenen Gemeinschaften in Brasilien wahrzunehmen.“

Unterzeichnet wurde der Appell von mehr als 110 Bischöfen aus 31 Ländern in Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa. Lieferkettengesetze fordern sie jeweils auf nationaler Ebene, aber unterstützen auch explizit die von Justizkommissar Didier Reynders angekündigte EU-Initiative für verbindliche menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten. Darüber hinaus fordern sie die Regierungen reicher Länder auf, sich aktiv und konstruktiver als bisher an den aktuellen Verhandlungen zu einem UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte zu beteiligen, das letztendlich alle Staaten und Unternehmen weltweit in die Pflicht nehmen würde. Die Achtung von Menschenrechten und der Schöpfung dürfe nicht länger dem freiwilligen Ermessen von Privatunternehmen überlassen bleiben.

Erzbischof Stephan Burger leitet seit dem 26. September 2014 die für Misereor zuständige Kommission für Entwicklungsfragen der deutschen Bischofskonferenz. Als Vorsitzender des höchsten Leitungsgremiums des bischöflichen Hilfswerks verantwortet er als "MISEREOR-Bischof" die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien und die damit verbundenen Geldmittel. Seit September 2016 leitet er zudem die „Kommission für caritative Fragen“ der Deutschen Bischofskonferenz.

Informationen und Fakten über die Erzdiözese Freiburg erhalten Sie stets aktuell unter www.ebfr.de/erzbistum. Auf unserer Internetseite www.ebfr.de informieren wir Sie auch über aktuelle Themen wie unsere Präventionsarbeit, über Kirche und Finanzen, Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements, kirchliche Feiertage und spirituelle Angebote. Außerdem finden Sie uns auf **Facebook** (facebook.com/erzdioezese.freiburg), **Twitter** (twitter.com/BistumFreiburg), **YouTube** (youtube.com/user/erzbistumfreiburg) und **Instagram** (instagram.com/erzbistumfreiburg).